



Länderinformationen Südsudan

Dorina Waldmeyer, 15. Oktober 2019
(dorina.waldmeyer@mission-21.org)

Am 12. September 2018 wurde im Südsudan ein Friedensabkommen unterzeichnet. Heute, rund ein Jahr später, stellt sich die Frage, was seither passiert ist. Dorina Waldmeyer, bei Mission 21 Programmverantwortliche für den Südsudan, hat die wichtigsten Fragen und Antworten zusammengetragen.

Nach dem achten Friedensabkommen (ARCSS), das im August 2015 in Adis Abeba geschlossen und im Juli 2016 wieder gebrochen wurde, gibt es seit einem Jahr eine Neuauflage. Am 12. September 2018 wurde das sogenannte «Revitalized Peace agreement» (R-ARCSS) unterzeichnet. Im Oktober 2018 gab es im Südsudan grosse Friedensfeier. Heute, ein Jahr später, stellt sich die Frage, wie sich die Situation im Südsudan seither entwickelt hat.

Nach der Unterzeichnung des Abkommens im September 2018 hatte die Einheitsregierung acht Monate Zeit, sich zu formen. Die Deadline wurde auf den 12. Mai 2019 gesetzt. Leider hat man in Juba die Zeit verstreichen lassen, ohne dass sich tatsächlich eine Einheitsregierung gebildet hat. Dabei wäre dies wichtig, denn erst, wenn die Einheitsregierung gebildet ist, fängt offiziell die Übergangszeit an, die nach 36 langen Monaten mit demokratischen Wahlen enden soll.

Immerhin gab es gute Anzeichen für eine Einigung. Wichtige Vertreter beider Konfliktparteien inklusive der Hauptkontrahenten Salva Kiir und Riek Machar, wurden im April 2019 sogar zu einer Papstaudienz geladen, wo Papst Franziskus an ihr Gewissen und an die Menschlichkeit appelliert hat. Mit dabei an der Audienz war auch Peter Gai vom Südsudanesischen Kirchenbund SSCC, ein wichtiger Partner von Mission 21 für die Friedensarbeit im Südsudan.



Papst Franziskus empfängt Peter Gai vom Südsudanesischen Kirchenbund.

Seit dem ursprünglich geplanten Termin für die Bildung der Einheitsregierung ist jedoch erneut fast ein halbes Jahr verstrichen. Die neue Deadline wurde in Absprache mit der internationalen Staatengemeinschaft (IGAD) auf den 12. November 2019 verschoben. Noch scheint eine Einigung aber in weiter Ferne.

Mit einem Blick auf das Abkommen wird klar, wie komplex die Situation ist.

Machtaufteilung

Das R-ARCSS von 2018 sieht eine dreijährige Übergangsperiode mit geformter Einheitsregierung vor. Riek Machar soll nach Juba zurückkehren, wo er unter Präsident Salva Kiir die Position des ersten Vizepräsidenten von insgesamt fünf Vizepräsidenten einnehmen soll (ein Modell, das nach drei Jahren auslaufen soll). Ausserdem sollen 35 Minister ins Kabinett, 20 von der Regierungspartei, neun von der Oppositionspartei und sechs von weiteren Oppositionsgruppen. Der Präsident selber soll Oberbefehlshaber des Nationalen Einheitsmilitärs bleiben.

Einheitsmilitär im Südsudan

Einer der wichtigsten Punkte im Friedensvertrag ist die Zusammenführung und Professionalisierung eines nationalen Militärs. Während des jahrelangen Krieges haben sich neben dem Regierungs- und Oppositionsmilitär weitere Milizen-Gruppen gebildet. Zwei der wichtigsten sind die South Sudan Democratic Movement (SSDM), angeführt von Paul Malong, und die South Sudan National Salvation Front (SSNF), angeführt von Thomas Cirillo. Beide Gruppen kämpfen gegen die Regierung, gehören aber nicht zum offiziellen Oppositionsmilitär. Keine der beiden Gruppen hat das Friedensabkommen (R-ARCSS) im letzten Jahr unterzeichnet. Beide Parteien erklärten, dass das Friedensabkommen nicht

die Kernproblematik des Konflikts adressiert und es deshalb nicht den erwünschten Erfolg mit sich bringen würde.

Ein weiteres Problem innerhalb der verschiedenen bewaffneten Gruppen - einschliesslich des Regierungs- und Oppositionsmilitärs - ist, dass die meisten Mitglieder während des Konflikts aus Dörfern rekrutiert wurden. Ihnen fehlt die entsprechende militärische Ausbildung. Viele von ihnen wurden noch minderjährig im Jugendalter oder gar als Kind rekrutiert, weshalb es ihnen zusätzlich auch oft an Schulbildung fehlt.

Um das Land zu heilen, braucht es jedoch mehr, als die Macht in einer Regierung der nationalen Einheit aufzuteilen und ein Einheitsmilitär zu bilden. Vor allem, wenn jemand nach jahrelanger Macht, die durch Waffen erreicht und gefestigt war, plötzlich sein Kampfwerkzeug abgeben soll und dadurch seine vermeidliche Macht verliert.

Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung

Mit dem neusten Friedensabkommen R-ARCSS wurde auch die Einrichtung einer Kommission zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung beschlossen (Disarmament, Demobilization and Reintegration, kurz DDR). Leider fehlt in der Regierung und der Opposition der Wille, diese Massnahmen auch wirklich umzusetzen. Zum einen ist es extrem kostenintensiv, zum anderen fehlt der Ansporn, die jeweiligen Armeen aktiv zu reduzieren. Dabei wäre es so wichtig, frühere Kämpfer wieder zu integrieren, damit sie nicht «rückfällig» werden. Ausserdem würde besonders Kindersoldaten geholfen, eine Schule zu besuchen und, wenn auch verzögert, ein selbstbestimmtes Leben zu leben.

Schlussendlich ist das DDR-Programm auch ein präventives Programm, das dazu beitragen kann, ehemaligen Kämpfern ein normales Leben zu ermöglichen, mit allen Verantwortlichkeiten, die dazu gehören, um zu vermeiden, dass sie eines Tages wieder zur Waffe greifen. Darüber hinaus muss auch geklärt werden, inwiefern Täter sich gerichtlich verantworten müssen.



Einrichtung von Gerichtsbarkeit

Ein hybrides Strafgericht, ein unabhängiges internationales Gericht und eine Behörde für Kompensation und Reparationszahlungen: Die Einrichtung dieser Institutionen wäre wohl ein Meilenstein in der Geschichte des Südsudan. Insbesondere wäre ein internationaler Strafgerichtshof, der die Gräueltaten des Krieges und andere Taten gegen die Menschlichkeit aufarbeitet und verurteilt, von entscheidender Bedeutung, doch es gibt bisher keine solche Gerichtsbarkeit. Immerhin wurde eine Kommission zur Wahrheitsfindung und Wiederaussöhnung eingerichtet. Hier müssen ausführliche Berichte bis nächstes Jahr vorgelegt werden. Wie man sich aber denken kann, ist die Wahrheitsfindung und Aufarbeitung von Gräueltaten nicht uneingeschränkt im Interesse der Regierung und der Opposition, da viele Regierungsvertreter selbst zu den Tätern in diesem und in vergangenen Konflikten gehören. Leider bilden in der geplanten dreijährigen Übergangsperiode die Täter der vergangenen Konflikte weiterhin die Regierung und verwalten Ressourcen, die dazu da sind, einen Strafgerichtshof einzusetzen.

Ein grosses Manko an diesem Friedensabkommen ist, dass es keinerlei Sanktionen gibt, falls es nicht eingehalten wird.

Rückführung der Flüchtlinge und der intern Vertriebenen

Seit Ausbruch des Krieges lebt ein Drittel der Bevölkerung, ca. 4,2 Millionen Südsudanesischen und Südsudanesischen, in Flüchtlingslagern ausserhalb des Landes oder in Vertriebenenlagern innerhalb der Landesgrenzen. In den Lagern werden allerdings nur notdürftig und kurzfristig die Bedürfnisse gestillt. Zwar bekommen die Menschen Lebensmittel, aber diese sind rationiert und oft einseitig.

Die Dringlichkeit, die Menschen zurücksiedeln zu lassen, ist hoch. Allerdings stehen die Regierung und die Internationale Gemeinschaft dabei vor grossen Herausforderungen. Zum einen ist kein Geld da, um die ehemaligen Städte wieder aufzubauen, zum anderen ist die Sicherheitslage aufgrund der oben genannten Milizen-Gruppen noch immer nicht stabil genug, um in alle Gegenden zurückzukehren.

Die Rückführung der Vertriebenen wird aber immer dringender, da in den meisten Lagern die Bedingungen mangelhaft sind. Vermehrt treten Erscheinungen von Ernährungsmangel auf, besonders bei Kindern. Medizinisch können sie nur mit dem Nötigsten versorgt werden.

Aber auch nach der Rückführung in ihre Dörfer werden die meisten Südsudanesischen und Südsudanesischen von humanitärer Hilfe abhängig sein, denn seit Ausbruch des Krieges wurden Felder nicht mehr bestellt. Hinzu kamen im letzten Jahr unerwartet starke Regenfälle, die rund 50 Prozent der Ernte zerstört haben. Aktuell sind rund acht Millionen Menschen im Südsudan von einer Hungersnot bedroht.

Aufteilung der Staaten

In den vergangenen Jahren wurden die Bundesstaaten innerhalb des Südsudans durch die Regierung immer wieder neu aufgeteilt, von ehemals 10 Staaten im Jahr 2015 auf mittlerweile 32 Staaten. Die ehemals gewählten Gouverneure der Staaten wurden abgesetzt und durch Günstlinge der Regierung ersetzt. Nach dem Prinzip «teile und herrsche» konnte Präsident Kiir seither seine Macht- und Wirtschaftsinteressen zielgerichtet durchsetzen. Dies schürt neue lokale Konflikte, sogar in ehemals vom Bürgerkrieg verschonten Gegenden wie Pochalla.

Ziel des neuen Friedensabkommens ist es, die Staaten zu reduzieren und zwischen Regierung und Opposition eine Einigung zu finden.

Ausblick

Viele kritisieren das revitalisierte Friedensabkommen von 2018, gleichzeitig ist der 12. November für die meisten Südsudanerinnen und Südsudaner ein Hoffnungsschimmer. Es ist die letzte Chance für das Land, selbstbestimmt aus der prekären Situation herauszukommen.

Im September 2019 haben sich Salva Kiir und Riek Machar erneut in Juba getroffen, um zu verhandeln. Dies darf als kleiner Erfolg verzeichnet werden, denn zuvor blieb man eher auf Abstand.

Wie es auch weitergeht in den kommenden Monaten: Fakt ist, dass die Zivilbevölkerung leidet und das auf vielen Ebenen. Die Südsudanerinnen und Südsudaner haben genug Gewalt und Leid erlebt, es wird Zeit, dass sich etwas bewegt. Zeit, dass aus dem Waffenstillstand eine Übergangsregierung gebildet wird, die sich mit den Problemen der Menschen befasst und diese ernst nimmt. Dabei gibt es eine Menge Herausforderungen, wie oben aufgeführt. Das Wichtigste jedoch sind der Wille und das Engagement von allen Seiten, die Herausforderungen ernst zu nehmen und sich auf die Veränderungen einzulassen.



An der Friedensfeier im Oktober 2018 in Juba.

Impressum

Veröffentlicht von:
Mission 21
Evangelisches Missionswerk Basel
Missionsstrasse 21
Postfach 270
4009 Basel
Schweiz
Telefon +41 61 260 21 20
info@mission-21.org
www.mission-21.org

Spenden

Spendenkonto 40-726233-2
Nummer des Kooperationsprogramms:
179.1001

Mission 21 setzt Zeichen der Hoffnung für eine gerechtere Welt. Wir arbeiten weltweit für Friedensförderung, bessere Bildung und Gesundheit und gegen Armut, besonders für Frauen; und wir leisten Bildungsarbeit in der Schweiz. In unserer Programmarbeit setzen wir uns als christliches Werk in 20 Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika ein, gemeinsam mit rund 70 Partnerkirchen und Partnerorganisationen.